

RECHNUNGSHOF
3, DAMPSCHIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

**Präsidium des
Nationalrates**

**Parlamentsgebäude
1010 W i e n**

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 3393-01/87

Datum: 9. OKT. 1987

9. OKT. 1987

**Betrifft: Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes
zur verfassungsrechtlichen Verankerung
des Milizsystems;
Stellungnahme**

Der Rechnungshof beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem ihm mit Schreiben des BKA vom 1. September 1987, GZ 601.999/13-V/1/87, übermittelten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das B-VG idF 1929 geändert wird, vorzulegen.

Beilagen

7. Oktober 1987

Der Präsident:

Broesigke

der Aufzeichnung
back



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Z1 3393-01/87

**Betrifft: Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes zur
verfassungsrechtlichen Verankerung des
Milizsystems;
Stellungnahme**

Zu dem Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes zur verfassungsrechtlichen Verankerung des Milizsystems, der ihm mit Schreiben vom 1. September 1987, GZ 601.999/13-V/1/87, übermittelt wurde, erlaubt sich der RH wie folgt Stellung zu nehmen (von dieser Stellungnahme werden das Präsidium des Nationalrates und das BMLV ue unterrichtet):

Nach Ansicht des RH würde es dem hinter dem gegenständlichen Gesetzesvorhaben stehenden Grundgedanken zu mehr Wirksamkeit verhelfen, wenn an Stelle eines eigenen Verfassungsartikels (Art 79 a), das Milizsystem unmittelbar im grundsätzlichen Abs 1 des Art 79 B-VG verankert werden würde. Dies wäre im übrigen übersichtlicher. Da mit der ins Auge gefaßten Verfassungsänderung das Milizsystem als Organisationsgrundsatz für das Bundesheer festgelegt wird, sollte ferner beachtet werden, daß die Verwirklichung dieses Grundsatzes nicht nur das Wehrrecht, sondern auch andere Rechtsbereiche (zB das Arbeits- und Sozialrecht) berührt, weshalb der Milizgedanke auch in die Verfassungsregelung der umfassenden Landesverteidigung (Art 9 a B-VG) Eingang finden sollte.

7. Oktober 1987

Der Präsident:

Broesigke

Back